

Beglaubigte Abschrift

StS 161/48

Verkündet am 24. Mai 1949
gez. Bech, Regierungs-Ober-
Sekretär, als Urkundsbeamter
der Geschäftsstelle.

Im Namen des Rechts!

Strafsache

g e g e n den Kraftfahrer Hans Baumgarten
 aus Münster i. Westf., Schmalestr. 1;
 geboren am 30. 4. 1910 in Münster i. Westf.
w e g e n Verbrechens gegen die Menschlichkeit.

Auf die Revision des Angeklagten gegen das Urteil des
Schwurgerichts in Münster vom 22. Oktober 1948 hat der
Strafsenat des Obersten Gerichtshofes für die Britische
Zone in Köln in der Sitzung vom 24. Mai 1949, an der
teilgenommen haben:

Richter beim Obersten Gerichtshof Dr. Dr. Wimmer
als Vorsitzender,

die Richter beim Obersten Gerichtshof
Dr. Geier und
Dr. Jagusch
als beisitzende Richter,

Oberstaatsanwalt Sohrübbers
als Beamter der Staatsanwaltschaft,

für Recht erkannt:

Die Revision des Angeklagten wird auf dessen
Kosten mit der Maßgabe verworfen, dass die
Verurteilung wegen schweren Hausfriedensbruchs
(§ 124 StGB.) wegfällt.

G r ü n d e :

Der Angeklagte ist wegen Verbrechens gegen die
Menschlichkeit in Tateinheit mit schwerem Landfriedens-
bruch und schwerem Hausfriedensbruch zu 1 Jahr und
6 Monaten Gefängnis verurteilt. Seine Sachrüge ist nur
in einem Nebenpunkte begründet.

Nach § 124 StGB. (schwerer Hausfriedensbruch) durfte der Angeklagte wegen Verjährung der Strafverfolgung (§ 67 Abs. 2 StGB.) nicht verurteilt werden. Die Vorschrift des § 1 Abs. 2 der VO. vom 23. Mai 1947 (VOBl.BZ. 1947 S. 65) greift mit Rücksicht auf die obere Strafgrenze des § 124 - 2 Jahre Gefängnis - nicht ein.

Im übrigen aber lässt das angegriffene Urteil keinen Rechtsfehler zu Lasten des Angeklagten erkennen. Dass die planmässigen, reichseinheitlichen Ausschreitungen gegen die Juden im November 1938, die sogenannte "Kristallnacht", nicht nur in ihrer Gesamtheit, sondern auch in ihren örtlichen Teilaktionen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit war, hat der Senat inzwischen mehrfach entschieden, und zwar vor allem auch im Hinblick auf die damit regelmässig zusammenhängenden Synagogenbrände, Körperverletzungen und Sachbeschädigungen. Auf die Entscheidungen OGHSt.Bd. 1 S. 53 und 198 sei verwiesen. Dass auch das Niederbrennen der Synagoge in Münster, die Zerstörungen in der jüdischen Schule und der Wohnung Dr. Steinthals, wie die Körperverletzungen und Freiheitsberaubungen, die an den Juden Dr. Steinthal und Feibes begangen sind, nach denselben rechtlichen Erwägungen ein Verbrechen gegen die Menschlichkeit sind (KRG.10 II 1 c), unterliegt keinem Zweifel. Der Angeklagte hat daran, wenn auch auf Befehl, als Führer eines grösseren SA-Trupps handelnd und fördernd teilgenommen und ist daher Mittäter im Sinne des erweiterten Teilnahmebegriffs, wie ihn das KRG.10 in Art. II 2 aufstellt. Unerheblich ist dabei, dass der Angeklagte beim Eintreffen an der Synagoge diese erbrochen und die Brandlegung bereits im Gange fand. Während seiner Anwesenheit an der Spitze von 25 SA-Männern, von denen einige noch die Scheiben der Synagoge einwarfen, teilweise auch im Inneren des Gotteshauses, wurde, wenn auch von anderen Personen, der Brand gelegt. Seine Anwesenheit als SA-Führer während längerer Zeit hat die anderen Täter psychisch unterstützt. Auch die Steinwürfe seiner Männer, gegen die er nicht eingeschritten ist, sind ihm zuzurechnen. Bereits die

Führung eines SA-Trupps im Rahmen des verbrecherischen Unternehmens ist für die Mittäterschaft des Angeklagten an der Straftat ausreichend. Das angegriffene Urteil lässt daher insoweit keinen Rechtsfehler erkennen.

Auch am Vorsatz des Angeklagten ist nach den Urteilsfeststellungen nicht zu zweifeln. Dieser wird nicht durch die Erwägung ausgeschlossen, dass der Angeklagte nur auf Befehl gehandelt hat und aus eigenem Antriebe zu so verwerflichen Taten nach den Urteilsfeststellungen sonst nicht gekommen wäre. Ein etwaiger innerer Vorbehalt ist angesichts des festgestellten bewussten Handelns unbeachtlich. Dass der Angeklagte zwei bedrohten bzw. misshandelten Juden später in menschlicher Weise geholfen hat, berührt den Tatvorsatz nicht, ist vom Tatrichter aber auch in zulässiger Weise strafmildernd berücksichtigt. Das Nichtvorliegen der Voraussetzungen der §§ 52, 54 StGB. bedurfte mangels in dieser Richtungweisender Tatfeststellungen keiner besonderen Erörterung.

Auch § 125 Abs. 2 StGB. ist zutreffend angewandt. Rädelsführer sind nicht nur die örtlichen Urheber der Ausschreitungen der öffentlich zusammengewühlten Menge. Auch der Führer einer innerhalb dieses Rahmens tätigen Gruppe, der nur begrenzte Aufträge im Rahmen der rechtswidrigen Gesamtaktion hat, kommt dafür in Betracht. Wenn das Schwurgericht die erhobenen Beweise in dieser Richtung gewürdigt hat, so ist vom Rechtsstandpunkt aus dagegen nichts einzuwenden. Dass bei der Strafzumessung die nach § 73 StGB. an sich zu beachtende Strafuntergrenze des § 125 Abs. 2 nicht berücksichtigt ist - mildernde Umstände im Sinne des § 125 sind dem Angeklagten nicht zuerkannt -, beschwert den Angeklagten nicht, ebensowenig die Nichtanwendung der §§ 305, 306 StGB.

Auch die Strafzumessung beschwert den Angeklagten rechtlich nicht. Insbesondere hat das Schwurgericht, wie die Urteilsgründe erkennen lassen, als rechtlich möglich

berücksichtigt, bei Handeln auf Befehl die Strafe zu mildern. (KRG.10 II 4 b). Die Internierungshaft des Angeklagten, von der nicht feststeht, ob sie zumindest auch wegen der vorliegenden Straftaten auferlegt war, hat das Schwurgericht strafmildernd berücksichtigt. Dem § 60 StGB. ist damit auf jeden Fall Genüge getan. Dass die verhängte Strafe überhoch oder gar grausam und also rechtlich unzulässig wäre, lässt sich nicht sagen.

Trotz der Aufhebung der tateinheitlichen Verurteilung nach § 124 StGB. bleibt der Strafausspruch bestehen, da das Tun des Angeklagten, soweit es den Tatbestand des § 124 erfüllt, zugleich auch zum Tatbestande des Verbrechens gegen die Menschlichkeit beigetragen hat, insoweit also bereits nach der letzteren Vorschrift zur Straffestsetzung berücksichtigt ist - und zwar unter Unterschreitung der Strafuntergrenze des § 125 Abs. 2 StGB.-, sodass der Wegfall dieses zusätzlichen rechtlichen Gesichtspunktes keine weitere Strafmilderung bewirken kann.

gez.Dr. Dr.Wimmer

gez.Dr.Geier

gez.Dr.Jagus

Beglaubigt:



Jagus, Kanzleivorsteher
als Urkundsbeamter der Geschäftsstelle
des Obersten Gerichtshofs für die
Britische Zone in Köln.